Teuerung!

Einkaufen und Wohnen werden teurer und teurer, Strom-, Heiz- und Treibstoffkosten steigen und steigen, doch die Regierung will mit Einmalzahlungen, Boni oder Verschiebung von CO2-Bepreisung, die Opposition wiederum mit Mehrwertsteuer-Senkung die „Not“ lindern. Echt? Zudem erklären uns Wirtschaftsforscher, dass der Staat grundsätzlich nicht in den „freien Markt“ eingreifen dürfe, der „freie Markt“ das schon regeln würde. Wirklich?

Die Regierung hat nun ein weiteres, ihr drittes „Anti-Teuerungspaket“ verkündet. Es soll die Teuerung ausgleichen. Aber weit gefehlt. Schon die früheren „Entlastungen“ haben nur der Wirtschaft geholfen und die Reichen reicher gemacht. Wie zum Hohn sprach der grüne Vizekanzler vor dem jetzigen „Paket“ von „Teuerungs-Hysterie“. Unglaublich aber wahr. Auf welchem Stern leben diese Typen? Jetzt soll vor allem mit Einmalzahlungen, mit diversen „Boni“, „geholfen“ werden. in Wirklichkeit verhindern die angekündigten Maßnahmen keine weiteren Preisanstiege und Teuerungswellen. Allein im Mai war die Inflation schon bei fast 8%!

Schon jetzt machen mit der Angst der Menschen vor Pandemie, Klimakatastrophen, um ihre Gesund-heit und vor dem Krieg Energiekonzerne, Energie- und Rohstoffspekulanten, Banken, Versicherungen, Immobilien- und andere Konzerne riesige Gewinne und Extraprofite. Aber die Industriellenvereinigung fordert „Entlastungen“ für die Wirtschaft – und die Regierung war und ist bereit, dem Druck der Industrie nachzugeben, statt die Bevölkerung nachhaltig zu entlasten. Denn die jetzt als „Teuerungsausgleich“ verkauften Einmalzahlungen gleichen den Preisanstieg bei weitem nicht aus und sind schnell verpufft. Zudem zahlen sich den „Teuerungsausgleichs“ die arbeitenden Menschen selbst, weil bald 90% des Staatsbudgets aus den Steuern und Abgaben der Masse der Bevölkerung stammen.

Die teilweise Abschaffung der „kalten Progression“ freut Wirtschaft und Industrie. Erstens, weil davon vor allem Reiche und Besserverdienende profitieren. Zweitens, weil die Masse der arbeitenden Menschen weiter durch Mehrwert-, Mineralöl- und andere Verbrauchssteuern und Tarife zur Kasse gebeten wird. Drittens, weil die Preise für den täglichen Bedarf (Lebensmittel, Mieten, Energie) weit höher steigen als die Durchschnittsinflation, die dann als Berechnungsgrund-lage für den „Aus-gleich“ der „kalten Progression“ dient.

Die Unternehmer dürfen sich aber über noch viel mehr freuen: Bestimmte Branchen bekommen erhöhte Energiekosten ersetzt. Für alle Unternehmen werden die sog. „Lohnnebenkosten“ auf Dauer gesenkt. Letztere sind von uns Arbeitenden erwirtschaftete, von den Unternehmern einbehaltene und nur technisch von ihnen an den Staat abgeführte Sozialgelder wie z.B. für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Oder der Beitrag zur Unfallversicherung (AUVA), die für die Betriebe die Gesundheitsprävention und bei Arbeitsunfällen die Rehabilitation durchführt. Mit dem Regierungspaket werden dem FLAF 300 Millionen Euro, der AUVA 125 Millionen Euro jährlich auf Dauer entzogen. Unfallversicherte und Familien zahlen für die Profite der Unternehmer drauf. Die Unternehmer und Konzerne zahlen kaum Steuern. Wo bleiben Reichen-, Vermögens- Erbschaftssteuer!

Während all das als der „große Wurf“ und „Hilfe für alle“ hingestellt wird, heißt es gleichzeitig, dass wir in ein paar Jahren wieder mit „Sparpaketen“ und „Strukturreformen“ rechnen müssen, z. B. bei Gesundheit oder bei den Pensionen (länger arbeiten). Tatsächlich sieht man schon jetzt: Weiterhin gibt es praktisch kein zusätzliches Geld für Soziales wie Bildung, Pflege oder Kindergärten. Beim „Arbeitsmarkt“ denkt Minister Kocher trotz bedrohter Existenz vieler Menschen weiter an die Streichung der Notstandshilfe und/oder an die Kürzung des Arbeitslosengeldes (Stichwort „Staffelung“).

Im Hinblick auf die im Herbst bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen hat die Regierung gleich die Sprachregelung von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung übernommen und „warnt“ vor hohen Lohnforderungen und einer „Lohn-Preis-Spirale“. Tatsache aber ist, dass die steigenden Profite und Extraprofite der Konzerne die Preistreiber sind, eine Gewinn-Preis-Spirale in Gang setzen – aber da greift sie Regierung nicht hin. Der „Markt“, spricht die Profitmacherei, ist heilig!

Die Regierung spricht von „Entlastung“, doch gleicht all das die Belastung für die Haushalte nicht aus. Besonders betroffen davon sind die 1,5 Millionen Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Für sie, die auf jeden Cent angewiesen sind, werden die Sozialleistungen erst ab 2023 automatisch mit der Inflationsrate angehoben. Die Sozialleistungen selbst aber werden vorher nicht angehoben, bleiben weit unter der Armutsgrenze! Die Regierung ist treffsicher für die Wohlbetuchten und schützt die Reichen. Die arbeitenden Men-schen zahlen die Gewinne und Extraprofite der Konzerne und die Superdividenden der Aktionäre.

Während Regierung und Konzerne, die Reichen in Saus und Braus leben und in Korruption versinken, sollen wir weiter Reallohnverluste und noch mehr Einschränkungen des Lebens auf uns nehmen. NEIN! Damit muss Schluss sein!

„Der Markt“ wird es nicht richten – daher: Preisstopp und Preisregulierung

Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsvorschläge sichern – Krise, Pandemie, Krieg hin oder her – vor allem die Profite der Konzerne ab.

Daher ist zumindest ein staatlicher Preisstopp, eine staatliche Preisregulierung für Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie als sofortige Erstmaßnahme erforderlich. Letztendlich kann nur eine Gesundheits- und Energieversorgung, ja zumindest die Daseinsvorsorge insgesamt, in der öffentlichen Hand, die nicht auf Profit, sondern auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet ist, der einzige Weg sein, den Spekulationen des „freien Marktes“, der Profitmaximierung der Konzerne Einhalt, zu gebieten. Nur so kann die Versorgung garantiert und können die Kosten gesenkt und im Interesse der Konsument*innen in den Griff bekommen werden.

Die „Liberalisierung“ rächt sich

Was hat man uns nicht alles erzählt und versprochen: dass Milch und Honig fließen würden, wenn der Staat immer weniger, die privaten und privatisierten Konzerne immer mehr das Sagen haben würden. So wurden einst staatliche Banken, Stahl-, Telekom-, Öl-, Gas- und Stromkonzerne auch in Österreich (teil)privatisiert. Etliche Jahr-zehnte wurde so die Gewinne der zuvor von der Masse der arbeitenden Menschen errichteten verstaatlichten Betriebe ganz oder zum großen Teil an private Aktionäre ausgeschüttet. Doch schon bei der Finanzkrise 2008 und erst recht seit Pandemie 2020 oder Ukraine-Krieg 2022 halten die privaten Konzerne beim Staat die Hand auf – und bekommen Milliarden über Milliarden an Förderungen, scheffeln aber gleichzeitig Profite wie noch nie („Übergewinne“). Ihre Profite wollen sie vom Staat garantiert haben, dafür ist ihnen der Sozialstaat gut. Wenn es aber um die soziale Absicherung von Millionen von Menschen geht, heißt es von Industrie, Konzernen und ihren Politikern: „zu viel Sozialstaat“, die Leute würden in der „soziale Hängematte“ liegen statt zu arbeiten und so weiter und so fort.

Profitstopp statt Almosen!

Weil darüber der Unmut in der Bevölkerung groß ist und zunimmt, macht die Politik in Worten Druck auf teilstaatliche Konzerne wie den Verbund. Der kündigte daraufhin an, an den Staat eine Sonderdividende von 400 Millionen Euro zu zahlen.

Christian Kern, der frühere Verbund-Vorstand und ÖBB-Chef, jetziger Energiemanager und als ehemaliger SP-Kanzler mit seinem „Plan A“ der Industrie zugetan, rechnet am Beispiel des Verbundes, der 30.000 Gigawattstunden (GWh) Strom aus Wasserkraft erzeugt vor, dass das ein Butterbrot ist:

> *„Ihr Preis ist binnen 12, 13 Monaten von rund 55 Euro pro GWh (Gigawattstunde) auf 235 Euro gestiegen. Das sind 180 Euro Preisschub. Wenn ich das mit 30.000 GWh multipliziere, sind das rund 5,4 Milliarden Euro zusätzliches Profitpotenzial nur aufgrund des Preissprunges“* (Wiener Zeitung, 11./12. 6. 2022).

Und die anderen Unternehmen, z.B. Landesenergiegesellschaften oder weitere teilstaatlichen Konzerne (z.B. OMV, Casinos)? Ganz zu schweigen von den großen, ganz privaten Konzernen. Die werden – nicht einmal in Worten – angetastet.

Die Bevölkerung zahlt nicht nur den für sie angekündigten „Teuerungsausgleich“ praktisch selbst, sie zahlt auch die staatlichen Stützungen für die Konzerne und somit weiter das staatlich garantierte Profitmachen der Konzerne und zudem über die steigenden Preise, die die Regierung nicht deckelt und reguliert.

*Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg*
www.atomgenger.at